



VDP-THEMENMAPPE

„BILDUNG BRAUCHT FREIHEIT – FREIHEIT BRAUCHT BILDUNG“

THEMENMAPPE DES VDP ANLÄSSLICH DER BUNDESTAGSWAHL 2013



FEBRUAR 2013



THEMENMAPPE DES VDP

Inhaltsverzeichnis Themenmaterial

- Das VDP-Themenpapier zur Bundestagswahl 2013:
„Bildung braucht Freiheit – Freiheit braucht Bildung“

Die Thesen im Detail

- These 1: Bildung braucht Wettbewerb
- These 2: Schüler, ihre Eltern und Teilnehmer brauchen Wahlfreiheit
- These 3: Weiterbildung braucht Berechenbarkeit und Flexibilität
- These 4: Bildung muss zur politischen Querschnittsaufgabe werden

Verbandsinformationen

- Fact-Sheet zum Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.



Bildung braucht Freiheit

Freiheit braucht Bildung

Vier Thesen des Verbands Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP) anlässlich der Bundestagswahl 2013

Bildung ist Schlüsselressource

Bildung ist die Schlüsselressource in Deutschland. Sie ist für die Menschen die Grundlage für eine selbstbestimmte Lebensführung, für Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben und für Erfolg auf dem Arbeitsmarkt. Ebenso ist die Wirtschaft auf gut ausgebildete und qualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf ihre Innovationskraft und Kompetenzen angewiesen. Und auch die Demokratie braucht auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene Bürgerinnen und Bürger, die ihre Rechte und Pflichten kennen, nutzen und sich aktiv einbringen. Nur so können **Freiheit, Wohlstand und Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefördert und langfristig gesichert** werden.

Aktuelle Lage

Das deutsche **Bildungssystem**, das frühkindliche Bildung, Schule, Berufsbildung und Weiterbildung umfasst, **wird den an es gerichteten Ansprüchen nur unzureichend gerecht**. Das zeigt sich unter anderem an der bundesweiten Unzufriedenheit und dem Legitimationsverlust des derzeitigen Schulsystems bei mehr als zwei Dritteln der Eltern. Dramatisch ist der anhaltend hohe Anteil an Jugendlichen, der die Schule ohne Bildungsabschluss verlässt. Gleiches trifft auf das duale Ausbildungssystem zu, in dem rund ein Viertel der Auszubildenden ihre Ausbildungsverträge vorzeitig auflösen. Auch werden weniger Langzeitarbeitslose als möglich zur nachhaltigen Integration in den Arbeitsmarkt individuell und zielgerichtet qualifiziert.

Ursachen für die Defizite des Bildungssystems

- Beispielsweise wird im allgemeinbildenden Bereich **der qualitätsfördernde Wettbewerb zwischen den Schulen durch die Länder eingeschränkt**. Statt den Bildungseinrichtungen mehr pädagogische und organisatorische Freiheiten zu gewähren und die Wahlfreiheit zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten und -trägern für Schüler und Eltern zu fördern, werden Schulen in freier Trägerschaft durch die Länder konsequent unterfinanziert, ihre Gründung erschwert und ihre Personalauswahl eingeschränkt.
- Im **Ausbildungswesen wird das Bildungsangebot künstlich verknappt**, indem beispielsweise in Sachsen vollzeitschulische Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen ersatzlos abgeschafft werden, obwohl für diese im dualen System keine adäquaten Alternativen existieren. Diese einseitige Politik zugunsten der dualen Ausbildung führt unter



anderem dazu, dass ein beachtlicher Teil von Jugendlichen in der jeweiligen Region nicht mehr seine Wunschausbildung absolvieren kann. Folglich verlassen viele junge Menschen strukturschwache Regionen. Darunter leiden auch die Unternehmen, denen die Nachwuchskräfte fehlen.

- Im Bereich der geförderten Weiterbildung hat die Sparpolitik der letzten Jahre dazu geführt, dass viele notwendige Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose aufgrund **unzureichender oder ungesicherter Finanzierung** nicht mehr im erforderlichen Umfang durchgeführt werden können. Zudem sorgen die **ständigen Gesetzesreformen und Umstrukturierungen** bei den Arbeitsverwaltungen, Arbeitslosen und Bildungsträgern für Verunsicherungen. Als Folge nimmt einerseits die Zahl der Langzeitarbeitslosen auch bei Wirtschaftswachstum kaum noch ab. Andererseits suchen die Unternehmen händelringend Fachkräfte auch in Bereichen, in denen eigentlich Erwerbslose, beispielsweise durch das arbeitsmarktpolitische Instrument der Umschulung, ausgebildet werden könnten. Hier fehlt es häufig an passgenauer und individueller Qualifizierung, um die Betroffenen nachhaltig in sozialversicherungspflichtige, unsubventionierte Beschäftigung zu integrieren.
- Die Steuerungsstrukturen unseres Bildungssystems haben es bisher kaum geschafft, sich den wachsenden Anforderungen, der steigenden Komplexität und der Diversifikation adäquat anzupassen. In der frühkindlichen, schulischen und zum Teil auch in der beruflichen Bildung bestehen in erster Linie regional separierte Strukturen. Auf Bundesebene wird das Handlungsfeld „Bildung“ in mindestens drei Ministerien bearbeitet, weitere Bundesbehörden kommen hinzu. Eine **Verknüpfung von Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik findet kaum statt**. Beides verursacht Intransparenz, Überschneidungen und Doppelungen und somit einen bildungspolitischen Flickenteppich. Das Ergebnis ist ein ineffizientes Bildungssystem, das weit hinter seinen Möglichkeiten zurück bleibt.

Vier Thesen zu Verbesserung des deutschen Bildungssystems

1. Bildung braucht Wettbewerb

Entscheidend für die **Leistungsfähigkeit und den Erfolg eines Bildungssystems ist seine Qualität und Vielfalt** im Hinblick auf pädagogische Konzepte und Profile von Bildungseinrichtungen. Diese Vielfalt kann nur entstehen, wenn alle Bildungseinrichtungen bei **vergleichbaren rechtlichen Rahmenbedingungen** größtmögliche Freiheit haben, Entscheidungen über Pädagogik, Budgetverwendung und Personal eigenständig treffen zu können. Dem Staat kommt hierbei die wichtige Aufgabe einer **neutralen Kontrollinstanz** über die Einhaltung von grundlegenden Rahmenbedingungen zu. Dazu gehört es auch, dem Schutz der Schulen in freier Trägerschaft gemäß des Artikel 7 (4) Grundgesetz Geltung zu verschaffen. Nur so können **Schulen in einen qualitätsfördernden Wettbewerb treten, der Anreize schafft und Innovationen fördert**.



2. Schüler, ihre Eltern und Teilnehmer brauchen Wahlfreiheit

So unterschiedlich wie Schüler und andere Bildungsteilnehmer sind, so unterschiedlich sind auch ihre Bildungsinteressen und -bedarfslagen. Kein Bildungsteilnehmer ist wie der andere. Jeder hat seinen eigenen sozialen Hintergrund und seine individuelle Bildungsbiographie. Alle müssen die Entscheidungsfreiheit haben, zwischen unterschiedlichen Bildungsangeboten und -trägern jenes Angebot auswählen zu können, welches am besten zu ihren individuellen Bedürfnissen passt. **Angebotsvielfalt und persönliche Entscheidungshoheit sind die Voraussetzungen für echte Wahlfreiheit.**

3. Weiterbildung braucht Verlässlichkeit und Flexibilität

Die **geförderte Weiterbildung benötigt sowohl stabile, verlässliche Rahmenbedingungen und Ressourcen als auch Flexibilität.** Deshalb muss sie so ausgestaltet und ausgestattet werden, dass dauerhaft eine bedarfsgerechte, individuelle und zielgerichtete Förderung von Arbeitslosen möglich ist. Zudem müssen diese Rahmenbedingungen die Freiheit bieten, flexibel und schnell auf aktuelle Bedarfslagen vor Ort adäquat reagieren zu können. So wird den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung getragen, die Innovationskraft und die Investitionsbereitschaft von Bildungsträgern gestärkt, die Qualität von Qualifizierung und Vermittlung weiter gesteigert und letztlich der hohen Langzeitarbeitslosigkeit und dem Fachkräftemangel spürbar entgegengewirkt.

4. Bildung muss zur politischen Querschnittsaufgabe werden

Bildungspolitik in Deutschland ist maßgeblich durch ihre Aufteilung auf unterschiedliche Verantwortlichkeiten geprägt. Damit Bürgerinnen und Bürger, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen sowie Kommunen, Länder und der Bund ihre Freiheits- und Gestaltungsrechte in Bezug auf Bildung zum eigenen Wohle und ebenso zum Wohle der Gemeinschaft optimal nutzen können, braucht es eine nationale Bildungsstrategie als Wegweiser und Leitplanke. Sie muss von den relevanten politischen und gesellschaftlichen Kräften gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. **Eine nationale Bildungsstrategie sorgt so für Transparenz und Orientierung, verbindet systematisch Bildungs- mit Wirtschafts- und Sozialpolitik** und führt zu mehr Effektivität und Effizienz im gesamten Bildungswesen.



Thesenpapier des VDP zur Bundestagswahl These 1: Bildung braucht Wettbewerb

Aktuelle Lage

Der allgemein- und berufsbildende Bereich ist in vielen Bundesländern von einem demographisch bedingten Schülerzahlenrückgang betroffen. Gleichzeitig ist ein kontinuierliches Wachstum bei Schulen in freier Trägerschaft festzustellen. In den letzten fünf Jahren nahm die Zahl der Schüler an freien Schulen bundesweit um rund 6,0 Prozent zu. Im gleichen Zeitraum ging die Gesamtschülerzahl um 5,8 Prozent zurück.

Diese Entwicklung intensiviert den Wettbewerb zwischen allgemeinbildenden staatlichen und freien Schulen sowie Ausbildungsanbietern des dualen Systems und Anbietern schulischer Ausbildungen. Statt diesen Wettbewerb als eine Chance zur Qualitätsentwicklung und Motor für pädagogische Innovationen zu begreifen, ziehen es viele Bundesländer vor, ihn einzuschränken. So wurde in den letzten Jahren u. a. die staatliche Finanzhilfe für freie Schulen in Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg massiv gekürzt. Im berufsbildenden Bereich versucht die Wirtschaftsministerkonferenz, das Angebot an vollzeitschulischen und außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten einzuschränken – mit Blick auf Sachsen auch mit dramatischem Erfolg. Unter dem Vorwand der Stärkung der dualen Ausbildung wird hier vor allem das Ziel verfolgt, die staatlichen Berufsschulen stärker auszulasten.

Lösungsansatz

Ziel der Bildungspolitik muss es sein, durch einen qualitätsfördernden Wettbewerb das Engagement, die Kreativität und die Selbständigkeit aller Bildungsanbieter zu fördern, um das Bildungs- und Ausbildungssystem zu Gunsten aller Schüler und Auszubildenden kontinuierlich weiterzuentwickeln und zu verbessern. Hierzu müssen für alle Akteure, egal ob staatlich oder nichtstaatlich, vergleichbare rechtliche Rahmenbedingungen gelten. Dazu gehört es auch, dem verfassungsmäßigen Recht auf Gründung und Betrieb von Schulen in freier Trägerschaft gemäß Artikel 7 (4) Grundgesetz vollumfänglich Geltung zu verschaffen. Einseitige ordnungspolitische Eingriffe und Wettbewerbsbeschränkungen zu Gunsten einer speziellen Rechts- bzw. Organisationsform von (staatlichen) Bildungsanbietern verhindern und blockieren die Qualitätsentwicklung, Effektivität und Effizienz des Bildungssystems.

VDP-Forderung

Der VDP fordert, allen Schulen, unabhängig von ihrer Trägerschaft, größtmögliche Freiheit hinsichtlich Pädagogik, Mittelverwendung und Personal zu gewähren. Gleichzeitig sind den staatlichen und freien Schulträgern eine vergleichbare Finanzierungsgrundlage und vergleichbare rechtliche Rahmenbedingungen, insbesondere hinsichtlich ihrer Gründung und der Anerkennung von Lehrkräften, zuzusichern. Damit der Wettbewerb die Qualität von Bildung weiter befördern kann, darf es aber keine einseitigen Wettbewerbsvorteile für staatliche Schulen geben. Dem Staat kommt die wichtige Aufgabe einer neutralen Kontrollinstanz über die Einhaltung der rechtlichen Grundlagen zu. Hierzu müsste die Schulaufsicht paritätisch, d.h. mit staatlichen und nichtstaatlichen Vertretern, besetzt sein, was bisher nicht der Fall ist.



Thesenpapier des VDP zur Bundestagswahl These 2: Schüler, ihre Eltern und Teilnehmer brauchen Wahlfreiheit

Aktuelle Lage

Das Grundgesetz sichert allen Bürgerinnen und Bürgern Freiheit bei der Schul- und Ausbildungsplatzwahl zu. Dieses Grundrecht kann allerdings nur ausgeübt werden, wenn tatsächlich unterschiedliche Bildungsanbieter und -angebote vorhanden sind, zwischen denen sie auswählen können. Viele Bundesländer schränken aber den Ausbau eines vielfältigen Bildungsangebotes ein bzw. verringern gezielt das vorhandene Angebot.

So wirken die rigiden gesetzlichen Regelungen für Schulneugründungen der Entwicklung eines vielfältigen Bildungsangebotes und der Wahlfreiheit entgegen. Neu gegründete Schulen in freier Trägerschaft müssen bis zu sechs Jahre warten, ehe die staatliche Teilfinanzierung einsetzt. In diesem Zeitraum sind sie gezwungen, den Schulbetrieb vor allem durch Kredite und Eigenkapital zu finanzieren. Durch diese gründungsfeindliche Regelung wird die Zahl freier Schulen bewusst klein gehalten. Im berufsbildenden Bereich wird das bestehende Bildungsangebot gezielt reduziert. So wurden jüngst in Sachsen vollzeitschulische Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen ersatzlos gestrichen, obwohl es für diese im dualen System keine adäquaten Alternativen gibt. Als Ziel dieser Maßnahmen wird, aufgrund des demographisch bedingten Schülerzahlrückgangs, offen die bessere Auslastung dualer Ausbildungsstrukturen durch Einschränkung der Wahlmöglichkeiten benannt. Darüber hinaus wird das Entstehen alternativer nichtstaatlicher Angebote in allen Bildungsbereichen durch ihre generelle staatliche Unterfinanzierung wirksam ausgebremst.

Lösungsansatz

Angebotsvielfalt und persönliche Entscheidungshoheit sind die Voraussetzungen für echte Wahlfreiheit der Bildungsteilnehmer. Um die erforderliche Vielfalt zu gewährleisten, müssen die Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte und Angebote sowie Bildungs- und Ausbildungswege unterstützt und deren Erhalt gesichert werden. Besonders auch vor dem Hintergrund eines demographisch bedingten Rückgangs des Arbeitskräftepotentials und wachsenden Fachkräftemangels wird es zunehmend wichtiger, dass jede/r Schüler/in und Teilnehmer/in ein individuell passfähiges Bildungsangebot findet, das sie/ihn optimal zu einem Schul- und Berufsabschluss führt.

VDP-Forderung

Der VDP fordert eine aufgabengerechte sowie innovations- und investitionsfördernde Finanzierung staatlicher und nichtstaatlicher Bildungsangebote. Ebenso muss allen Bildungsträgern die konzeptionelle Freiheit zugestanden werden, Neues zu entwickeln, aber auch Erprobtes und Erfolgreiches bei Bedarf und Nachfrage ungehindert fortzuführen. Schulneugründungen dürfen nicht verhindert, sondern im Gegenteil, sie müssen gefördert werden. Nur ein vielfältiges Angebot von dualen und schulischen beruflichen Bildungsangeboten nebeneinander kann das Gesamtspektrum von Bedarfslagen abdecken und Wahlfreiheit garantieren.



Thesenpapier des VDP zur Bundestagswahl

These 3: Weiterbildung braucht Berechenbarkeit und Flexibilität

Aktuelle Lage

Auch wenn sich die Arbeitslosenzahlen zuletzt insgesamt rückläufig entwickelt haben, gibt es noch immer eine erhebliche Anzahl von Langzeitarbeitslosen. Denn trotz günstiger konjunktureller Lage und Fachkräftemangel ist ihre Zahl in den letzten drei Jahren nur unwesentlich zurückgegangen. Die Bundesagentur für Arbeit setzt verstärkt auf kurzfristige Bildungsangebote, die auf den ersten Blick kostengünstiger sind, jedoch nur geringe Vermittlungsquoten in den Arbeitsmarkt aufweisen können. Für längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen mit nachweislich hohen Vermittlungsquoten stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Von 2010 bis 2012 wurde das Eingliederungsbudget der BA um 40 Prozent, von 6 auf 3,6 Milliarden Euro, gekürzt. Im Jahr 2012 hat die BA außerdem rund 900 Millionen Euro nicht genutzt. 2011 waren es rund 800 Millionen Euro, die ungenutzt blieben.

Auch die sinkenden durchschnittlichen Kostensätze, u.a. für Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung, verhindern eine bedarfsgerechte Förderung der Arbeitslosen. Seriöse Kalkulationen sind durch die Ausschreibungs- und Vergabepolitik der BA nahezu nicht mehr möglich. Durch die Vergabepolitik können außerdem keine Bildungszielplanungen zwischen den Arbeitsverwaltungen und Bildungsträgern vor Ort stattfinden. Dadurch gehen wertvolle regionale Strukturen mit Kenntnissen der jeweiligen Arbeitsmärkte und -bedarfe verloren.

Lösungsansatz

Für den beruflichen Wiedereinstieg von Arbeitslosen ist weniger die gesamtwirtschaftliche Situation als vielmehr ihre persönliche Qualifikation entscheidend. Es braucht eine bedarfsgerechte, individuelle und zielgerichtete Förderung, um Arbeitslose nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Dabei amortisieren sich Investitionen in längerfristige Qualifizierungsmaßnahmen schnell: Schon nach wenigen Monaten ist das investierte Geld, bei durchschnittlichen Vermittlungsquoten, durch die Sozialversicherungsbeiträge der in den ersten Arbeitsmarkt vermittelten Bildungsteilnehmer zurückgeflossen.

Weiter sind stabile Budgets erforderlich, mit denen die Arbeitsverwaltungen eigenverantwortlich planen und ihre Mittel gezielt einsetzen können. Nicht zuletzt bedarf es einer größeren Planungssicherheit für die Bildungsträger, um regionale Bildungsstrukturen zu erhalten und Qualitätseinbußen bei Bildungsangeboten entgegenzuwirken. Nur mit finanziell angemessen ausgestatteten Maßnahmen lassen sich Arbeitslose zielgerichtet fördern und damit der Wirtschaft dringend benötigte Fachkräfte zur Verfügung stellen.

VDP-Forderung

Der VDP fordert, die massiven Kürzungen des Eingliederungsbudgets zu stoppen und die vorhandenen Mittel zielgerichtet einzusetzen. Ebenso sind Ausschreibungs- und Vergabeverfahren auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen und anzupassen. Es müssen verlässliche Rahmenbedingungen entstehen, die Qualität und Innovationen von Bildungsangeboten stärken und damit die dringend benötigte Fachkräftequalifizierung und -vermittlung ermöglichen und langfristig sicherstellen.



Thesenpapier des VDP zur Bundestagswahl

These 4: Bildung muss zur politischen Querschnittsaufgabe werden

Aktuelle Lage

Im letzten Jahrzehnt haben die Anforderungen an die vorschulische, schulische und berufliche Bildung sowie an die berufliche Weiterbildung rapide zugenommen. Mit den wachsenden Anforderungen an das Bildungssystem steigt seine Komplexität und Diversifikation. Heutzutage gibt es eine Vielzahl von Strukturen für die frühkindliche, schulische und berufliche Bildung sowie zahlreiche Bildungs- und Qualifizierungsangebote, -programme und -maßnahmen für die unterschiedlichen Bildungszielgruppen. Diese Steuerungsstrukturen haben es aber bisher kaum geschafft, die vielschichtigen Bildungsprobleme erfolgreich zu lösen: Beispielsweise verlassen über 60.000 Schüler jedes Jahr ohne Abschluss die Schule, rund 1,5 Millionen Menschen sind ohne Berufsabschluss und etwa 7,5 Millionen erwerbsfähige Menschen sind in der Bundesrepublik funktionale Analphabeten.

In der frühkindlichen, schulischen und zum Teil auch in der beruflichen Bildung bestehen in erster Linie regional separierte Strukturen. Auf Bundesebene wird das Handlungsfeld „Bildung“ in mindestens drei Ministerien bearbeitet, weitere Bundesbehörden wie etwa die Bundesagentur für Arbeit und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge kommen hinzu. Eine Verknüpfung von Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik findet kaum statt. Die Folgen dieser Strukturen sind Intransparenz sowie konträre, überlappende und doppelte Strukturen bei vielen Bildungsprogrammen. Im Ergebnis ist unser Bildungssystem an vielen Stellen ineffizient und bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück.

Lösungsansatz

Diesen Missstand zu beseitigen und alle Bürgerinnen und Bürger bestmöglich auf die Herausforderungen einer immer komplexer strukturierten Wirklichkeit vorzubereiten, erfordert entschiedenes Handeln auf allen bildungspolitisch verantwortlichen Ebenen. Hierzu gehören unter anderem das Bildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsministerium, die Länder, die Bundesagentur für Arbeit und weitere relevante Akteure aus den Bereichen Schule, Hochschule, Aus- und Weiterbildung. Sie müssen gemeinsam eine Vision, konkrete Ziele sowie eine abgestimmte Strategie für das Gesamtbildungssystem entwickeln und Handlungsimpulse setzen.

VDP-Forderung

Der VDP fordert eine nationale Bildungsstrategie als Wegweiser und Leitplanke, damit Bürgerinnen und Bürger, Schulen und weitere Bildungseinrichtungen sowie Kommunen, Länder und der Bund ihre Freiheits- und Gestaltungsrechte in Bezug auf Bildung zum eigenen Wohle und ebenso zum Wohle der Gemeinschaft optimal nutzen können. Eine nationale Bildungsstrategie sorgt für Transparenz und Orientierung, verbindet systematisch Bildungs- mit Wirtschafts- und Sozialpolitik und führt zu mehr Effektivität und Effizienz im gesamten Bildungswesen.

FACT-SHEET

zum Verband Deutscher Privatschulverbände e.V.

Name	Verband Deutscher Privatschulverbände e.V. (VDP)
Vorstand	Petra Witt – Präsidentin (seit 2012) Dagmar Mager – Vizepräsidentin Dr. Barb Neumann – Vizepräsidentin Dr. Klaus Vogt - Vizepräsident Tim Balzer – Vorstandsmitglied Dietmar Schlömp – Vorstandsmitglied Joachim Böttcher – Ehrenpräsident Michael Büchler - Ehrenpräsident
Struktur	Der VDP wurde 1901 gegründet und ist der älteste Privatschulverband in Deutschland. Er ist ein Dachverband mit Sitz in Berlin. Durch seine zehn Landesverbände mit ihren Geschäftsstellen ist der VDP in allen Bundesländern vertreten.
Ausrichtung	Der VDP vertritt freie Bildungseinrichtungen, die im allgemein- und berufsbildenden Bereich, im Bereich Aus- und Weiterbildung, Arbeitsmarktdienstleistungen und Erwachsenenbildung sowie im tertiären Bereich (Fachhochschulen und Hochschulen) tätig sind. Der Verband bindet seine Mitglieder weder weltanschaulich noch konfessionell oder parteilich.
Aufgaben	Zentrale Aufgabe des VDP ist die Sicherung und Stärkung der gesellschaftspolitischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das freie Bildungswesen.
Mitgliederzahl	Der VDP vertritt mehr als 800 Bildungsträger mit weit über 2.000 Bildungseinrichtungen.



VDP
VERBAND DEUTSCHER
PRIVATSCHULVERBÄNDE E.V.

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Reinhardtstr. 18
10117 Berlin

t: 0 30 / 28 44 50 88 - 0
f: 0 30 / 28 44 50 88 - 9

presse@privatschulen.de
www.privatschulen.de